

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 59 (1965)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : Krieg oder Frieden in Südasien? ; Das "Rätsel" China ; "Realpolitik" für Vietnam ; Erstarrtes Bonner Regime ; Allerlei Sozialismus ; Weltarmut, Kalter Krieg, Abrüstung
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141039>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Krieg oder Frieden in Südasien? Das riesige Asien, die Urheimat der menschlichen Kultur, wird noch durch schwere Erschütterungen hindurchgehen müssen, bis es den Anschluß an die moderne Zivilisation mit ihrer vergötzten Technik und ihrer Wohlstandsgesellschaft gefunden haben wird. Der Krieg um Vietnam ist noch in vollem Gang und richtet unsägliche Verwüstungen an; derjenige um Kaschmir ist vorläufig durch einen erzwungenen Waffenstillstand abgebrochen worden; die Gefahr, daß auch um Malaysia gekämpft wird — zwischen Indonesien und Großbritannien — ist noch keineswegs beschworen. Und nun befindet sich, gerade während ich dies schreibe, *Indonesien selbst* im inneren Kriegszustand, ohne daß man bisher klar zu sehen vermöchte, wie die Fronten verlaufen und was der Kampfpreis ist. Natürlich hieß es im Westen sofort wieder, daß die Kommunisten hinter dem geplanten Staatsstreich stünden, obwohl die Kommunistische Partei sowieso die stärkste organisierte Kraft in Indonesien ist und die Regierung Präsident Sukarnos trotz ihrer Abneigung gegen den Kommunismus als innerpolitische Bewegung in der Außenpolitik Hand in Hand mit China gegen den europäisch-amerikanischen Imperialismus arbeitet; auch am Kongreß von Helsinki kam diese Interessengemeinschaft immer wieder aufs Handgreiflichste zum Vorschein. Es zeigte sich aber bald, daß es sich im Kern um einen Machtkampf zwischen zwei Offiziers- und Armeegruppen handelte, von dem freilich die Kommunistische Partei nicht unberührt bleiben konnte, zumal auch in die Armee, besonders in die Luftwaffe, kommunistische Strömungen Eingang gefunden hatten. Daraus aber einen kommunistischen Umsturzversuch zu machen, war unzulässig. Die Verfolgung von Kommunisten nach der Niederschlagung der Offiziersrevolte durch die siegreichen Armeeteile und die zivilen Staatsorgane ist denn auch einfach Ausnützung der günstigen Gelegenheit, dem Kommunismus einen Schlag zu versetzen, so wie die Kommunistische Partei ihrerseits einen Erfolg des Putsches dazu benützt hätte, ihren Einfluß auf den Staatsapparat zu verstärken. Sukarno selbst scheint durch Gerüchte über eine plötzliche Verschlimmerung seines Gesundheitszustands den unzufriedenen Offizieren Anlaß zu ihrem offenbar schlecht vorbereiteten Losschlagen geboten zu haben.

Mittlerweile ruhen also zwischen *Indien und Pakistan* die Waffen. Der unter amerikanisch-sowjetischem Druck vom UNO-Sicherheitsrat verlangte Waffenstillstand wird zwar immer wieder von beiden Seiten verletzt, und von einem Rückzug aller Streitkräfte auf die Vorkriegsstellungen scheint überhaupt keine Rede zu sein. Aber an einen Wiederausbruch des selbstmörderischen Kriegswahnsinnes kann man

dennoch schwer glauben. Vor allem Pakistan hatte vollauf Grund, sich dem Gebot des Sicherheitsrats zu fügen. Wider Erwarten war es nicht imstand gewesen, in Kaschmir militärisch eine Lage zu schaffen, die Indien gezwungen hätte, auf Verhandlungen über das umstrittene Gebiet einzutreten; auch dem Vorstoß der zahlenmäßig weit überlegenen indischen Armee gegen Lahore hätte es auf die Länge kaum Widerstand leisten können, zumal es schon bisher schwere Verluste an Panzerwagen und Flugzeugen erlitten hat. Hilfe von außen hat es aber kaum zu erwarten. China hat mit dem Rückzug seiner Drohung gegen Indien sein Pulver bereits verschossen und wird nicht ernsthaft eingreifen können, ohne Amerika auf den Plan zu rufen, und die Vereinigten Staaten ebenso wie die Sowjetunion halten — trotz formaler Neutralität — tatsächlich zu Indien, dem sie den Rücken gegen China stärken wollen und dessen Schlagkraft, ungeschwächt durch einen Krieg mit Pakistan, zu erhalten sie dringend wünschen müssen.

Auch Indien hatte unter diesen Umständen keinen Grund, die vorläufige Einstellung der Kriegshandlungen zu verweigern; wenn es je zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kommen sollte, könnte es sogar hoffen, endgültig als militärischer Sieger aus der Gewaltprobe mit Pakistan hervorzugehen. Nur darf es nicht erwarten, daß die Weltmeinung seine Behauptung annimmt, es stehe in der Verteidigung seiner Demokratie gegen die islamitisch-religiöse Diktatur Pakistans, die auf die Zerstörung der indischen Unabhängigkeit und Freiheit aus sei. Schon rein militärisch ist Indien eher als Angreifer zu betrachten; Pakistan hat zwar in Kaschmir selbst die Feindseligkeiten eröffnet, um einen Trumpf für kommende Verhandlungen über das Bergland in die Hand zu bekommen, aber Indien benützte sofort, vom amerikanischen Geheimdienst ermutigt, die Gelegenheit, um auf breiter Front gegen den bösen Nachbarn loszuschlagen und das angeblich wankende Regime Ayub Khans zu stürzen.* Und wenn dieses Regime auch bestimmt eine reaktionäre, wenn gleich geordnete und wirtschaftlich eher erfolgreiche Diktatur ist, so ist doch Indien seinerseits ein derart rückständiger feudal-kapitalistischer Klassenstaat, daß wir unmöglich

* Der Londoner «Daily Telegraph» vom 13. September brachte eine Meldung seines indischen Korrespondenten, wonach der amerikanische Geheimdienst (CIA) die Regierung von Delhi habe wissen lassen, daß in Pakistan ein Staatsstreich bevorstehe; der amerikanische Botschafter in Delhi habe jedenfalls gewußt, daß Indien den vollen Krieg entfesseln werde. Natürlich leugnete man auf amerikanischer Seite alles ab; die Londoner «Peace News» (17. September) bemerken aber mit Recht: «Der 'Daily Telegraph' ist kein Blatt, das grundlose amerikafeindliche Geschichten erzählt. Er würde diese Angelegenheit kaum in kategorischer Form auf der ersten Seite gebracht haben, wenn er seiner Sache nicht ganz sicher gewesen wäre . . . Die Vorwürfe des Ministerpräsidenten von Singapur, daß die CIA seine Beamten zu bestechen versucht habe, ähneln sehr denen, die von Burma, Kambodscha und Indonesien erhoben werden, und an die größten Heldentaten der CIA — U-2-Flüge (über der Sowjetunion) und Einfall in Kuba — braucht kaum erinnert zu werden.» Auch beim Eingreifen der Vereinigten Staaten gegen den angeblichen kommunistischen Umsturzversuch in Santo Domingo hatte die CIA die Hand im Spiel.

viel Mitgefühl für diese «Demokratie» aufbringen, die buchstäblich jeden Tag Hunderte, wenn nicht Tausende ihrer «freien» Bürger auf den Straßen Hungers sterben läßt und 15 Millionen Kinder in ihren Industriebetrieben als Arbeitskräfte ausnützt.

Wenn Indien auch fernerhin eine Lösung der Kaschmirfrage auf Grund einer Volksabstimmung zu verhindern vermag — wie sie Pakistan verlangt —, so ist das wahrlich kein Ruhm für das Land Gandhis. Ebenso wenig Ehre wird es einlegen, wenn es sich vollends ganz unter den «Schutz» der Vereinigten Staaten stellt und so mithilft, die amerikanische Machtstellung in Asien zu erhalten, die den meisten asiatischen Völkern tief verhaßt ist und gewiß auch in Indien selbst nur mit schlechtem Gewissen — aus künstlich erzeugter Angst vor China und nationalistisch-religiöser Feindseligkeit gegen Pakistan — ertragen wird.

Das «Rätsel» China Über die befristete Aufforderung Chinas an Indien, seine (angeblich oder wirklich) auf chinesischem Boden im Grenzgebiet von Sikkim errichteten Befestigungen zu schleifen, und deren Fallenlassen nach dem Rückzug der indischen Truppen aus diesem Raum ist auch bei uns viel ungereimtes Zeug gedruckt worden. Besonders plump war die Erklärung des chinesischen Verhaltens, die der «Chinasachverständige» (und Sowjetstern-Deuter) der «Neuen Zürcher Zeitung» versuchte (Nr. 3941). Er bezeichnete den chinesischen Vorstoß als «Versuch zur Verschärfung des Konflikts auf dem indischen Subkontinent». Der Waffenstillstand zwischen Indien und Pakistan habe aber «den chinesischen Absichten den Boden entzogen und eine Isolierung Chinas deutlich gemacht», ja China zu einem blamablen «Rückzug aus der unhaltbar gewordenen Stellung» gezwungen.

An dieser Darstellung ist so ziemlich alles falsch. Was beabsichtigte in Wirklichkeit China, und was hat es erreicht? Zunächst meldete China natürlich in aller Form sein Begehren auf eine Grenzberichtigung in Sikkim an, und mit der Erklärung der Bereitschaft Indiens, zusammen mit China einen Augenschein in dem umstrittenen, schlecht markierten Gebiet vorzunehmen, hat es auch schnell einen nicht zu unterschätzenden diplomatischen Erfolg errungen. Der Hauptzweck von Chinas Vorstoß war aber, nicht den indisch-pakistanischen Krieg zu *verschärfen*, sondern ihn so schnell als möglich zu *beenden* und dadurch Pakistan vor einer Niederlage in einem langdauernden Krätemessen zu bewahren. Wie Roderick Macfarquhar im «New Statesman» (24. September) schreibt: «Chinas Säbelrasseln bewirkte, daß Indiens Stoßtruppen nicht vom Nordost-Grenzbezirk nach der Pundschabfront geworfen werden konnten.» Diesem Erfolg reihte sich (nach dem englischen Beobachter) ein zweiter an: «Für China war es wesentlich, seinen Anspruch geltend zu machen, daß es die Macht sei, die Indien an den Verhandlungstisch gezwungen habe . . . Die Wir-

kung der chinesischen Drohung mit der Sikkimgrenze muß für Mao befriedigend gewesen sein. Die Titelseiten der Weltpresse brachten Peking mächtig viel politische Punkte ein . . . Peking würde immer darauf hinweisen können, daß sein Ultimatum dem UNO-Beschluß über die Feuereinstellung vorausging, und bei der Erörterung der Frage, wie dem Krieg Einhalt geboten wurde, glaubhaft zu machen vermögen: post hoc-propter hoc» (es geschah danach, also deswegen).

Gewiß mußte China sein Ultimatum widerrufen — aber das tat es im Einvernehmen mit Pakistan und jedenfalls zu dessen Gunsten. «Die pakistanische Regierung hatte recht wohl gemerkt, daß das chinesische Ultimatum die Aufmerksamkeit des Auslands von der Kaschmirfrage abgelenkt hatte, und daß im Fall eines chinesischen Angriffs Pakistans Sache in der dann folgenden Welle der Sympathie für Indien verlorengehen würde.» Tatsächlich verstand man im Sicherheitsrat die chinesische Warnung auch nur zu gut. Die Chinesen «hatten bereits alles erreicht, was sie erhoffen konnten: die Verringerung von Indiens militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmitteln und eine weitere Entfremdung Pakistans vom Westen, die Präsident Ayub zum Austritt aus der südost- und mittelasiatischen Vertragsorganisation veranlassen könnte. Würde sich aber der Krieg in die Länge ziehen und Indiens Überlegenheit an Mannschaften und Material allmählich fühlbar werden, so hätte China die Gefahr auf sich nehmen müssen, daß es zu einem Eingreifen großen Stils gezwungen oder aber die Münze von Chinas Freundschaft in allen Wechselstuben Asiens und Afrikas als Fälschung erklärt würde.»

Chinas Spiel ist natürlich typische Machtpolitik, die von sittlichen Hemmungen ebenso frei ist wie die seiner Gegenspieler. Aber daß es sich mit seinem Eingreifen in den indisch-pakistanischen Konflikt eine böse Schlappe geholt und sich zu seinem Schaden isoliert habe, ist Unsinn; es wird im Gegenteil aus diesem Konflikt, der nur zur Selbstzerfleischung der beiden Kämpfer zu führen droht, als Gewinner hervorgehen und langsam, aber sicher zur beherrschenden Macht in Asien aufsteigen. Und es wird sich diesen Aufstieg bestimmt nicht leichtfertig durch einen Großkrieg mit Amerika verunmöglichen, weder um Pakistans noch um Vietnams noch um Formosas willen. Auch die neuesten kriegesischen Trompetenstöße, die man aus Peking hört, werden an der zugleich vorsichtigen und zähen Außenpolitik Chinas, die mit großen Zeiträumen rechnet, nichts ändern; sie sind mehr für den inneren Gebrauch bestimmt, für die Wachhaltung der kämpferischen Kräfte des Volkes, das weiterhin vor gewaltigen Anstrengungen steht, wenn es seine beispielloso tief- und weitgreifende soziale Revolution und nationale Erneuerung zum Siege führen will.

«Realpolitik» für Vietnam Ein militärisches Eingreifen Chinas in Vietnam, das die Vereinigten Staaten zur Ausdehnung des Krieges auf den chinesischen Boden zwingen

würde, liegt, wie gesagt, nicht in der Absicht Pekings — es müßte denn sein, daß Nordvietnam in äußerster Hilflosigkeit wäre und die Hilfe des «großen Bruders» selbst anfordern würde. Und so weit ist es auf alle absehbare Zeit noch nicht, wird es hoffentlich überhaupt nie kommen. Die Amerikaner verstärken ihre Streitkräfte in Vietnam freilich immer mehr. Gegenwärtig haben sie in Südvietnam 140 000 Mann stehen; bis Jahresende sollen es 180 000 und im Laufe des nächsten Jahres mindestens 250 000 Mann werden. Ihre amtlichen Sprecher geben sich denn auch sehr hoffnungsfreudig. Schon bisher, so sagen sie, habe der erhöhte Einsatz amerikanischer Truppen gute Früchte getragen. Die Verteidigungskraft Nordvietnams sei durch die unausgesetzten Luftangriffe entscheidend geschwächt worden, wenn sie überhaupt noch ernsthaft in Rechnung gestellt werden könne. In Südvietnam aber seien die «Rebellen» merklich zurückgedrängt worden und hätten so schwere Verluste an Menschen und Material erlitten, daß der Zeitpunkt immer näher heranrücke, da ihre Kampfkraft erschöpft sein werde. Andererseits nehme der Kampfgeist der südvietnamesischen Regierungsarmee sichtlich zu, und die Bevölkerung bekomme immer mehr ein Gefühl des Schutzes gegen die Schreckensherrschaft des Vietcong. (Welch fürchterliche Leiden der Bevölkerung Vietnams durch die nicht nur barbarische, sondern geradezu teuflische Kriegführung der *Amerikaner* seit Jahren zugefügt werden, davon schweigt man in den Vereinigten Staaten freilich lieber.) Kurz, das Kriegsglück habe sich zugunsten der USA gewendet, und wenn man in Hanoi nicht den Kopf in den Sand stecken wolle, müsse man endlich einsehen, daß Verhandlungen mit Washington der einzige Ausweg aus einer hoffnungslosen Lage seien.

Es mehren sich denn auch die Stimmen, die der nordvietnamesischen Regierung die Bekundung ihrer Verhandlungsbereitschaft anraten. Könnten die Amerikaner, so heißt es, auch nicht auf einen wirklichen militärischen Sieg rechnen, so seien sie doch auf lang hinaus imstand, die Städte und Küstengebiete Südvietnams besetzt zu halten und Nordvietnam immer unerträglicheren Schaden zuzufügen. Die entrüstete Ablehnung aller Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten entspreche nicht mehr der wirklichen Lage; es müsse auf jeden Fall erkundet werden, unter welchen Bedingungen die Amerikaner aus Vietnam abzuziehen bereit wären.

Diese Überlegungen haben sicher viel für sich. Auf der anderen Seite müßten aber auch die Regierenden in Washington erkennen und zugeben, daß sie auch bei weiterer Steigerung ihrer Kriegsanstrengungen nicht imstand sein werden, dem Volk von Vietnam den Frieden zu diktieren, also seinen Vertretern die Kapitulation vor der militärischen Übermacht Amerikas aufzuzwingen. Es stehe bei Washington, so schreibt ein Mitarbeiter von «Stone's Weekly», der Regierung von Nordvietnam zu beweisen, daß es *wirkliche* Friedensverhandlungen wünsche und keine bedingungslose Unterwerfung des Gegners.

«Die eine Tat, auf die alle meine Gesprächspartner (Nord- und Südvietsamen) den größten Nachdruck legen, ist das gänzliche Aufhören der Bombardierungen Nordvietnams. Keine stolze Nation — und Ho Chi-Minhs Regime vertritt die einzige asiatische Nation, die im Krieg mit einer westlichen Kolonialmacht ihre Unabhängigkeit gewonnen hat — wird einen Frieden hinnehmen, der das Ergebnis einer Strafaktion ist.» Die Amerikaner brauchten nicht ihrerseits bedingungslos Vietnam zu räumen, bevor Verhandlungen beginnen könnten; darauf würden sie sich nie einlassen. Aber sie könnten und müßten die Verwüstung Nordvietnams einstellen und sich *grundsätzlich* zum Rückzug aus Vietnam bereit erklären, um Verhandlungen in Gang zu bringen, die auf eine Erneuerung und ehrliche Durchführung des Genfer Abkommens von 1954 hinauslaufen würden. Die USA müßten auch darauf verzichten, den Ausschluß des Vietcong und der nordvietnamesischen Kommunisten von der künftigen Regierung eines wiedervereinigten Gesamtvietnams zu verlangen. Die Wahl der Volksvertretung und die Bestellung der Regierung Vietnams muß ganz Sache des vietnamesischen Volkes selber sein.

Es scheint heute noch ein weiter Weg bis zur Einleitung von Verhandlungen über Vietnam auf dieser Grundlage zu sein. Schon die unerläßliche Mitwirkung Chinas bei solchen Verhandlungen wird in Washington aufs heftigste abgelehnt. Und wenn die Sowjetunion eigentlich der gegebene Vermittler zwischen China und Amerika wäre, so sind die Chinesen eben voller Mißtrauen gegenüber Moskau, das, wie sie glauben, gar nicht wünsche, daß sich die Vereinigten Staaten aus Asien zurückziehen, vielmehr in Amerika ein willkommenes Gegengewicht gegen einen übermäßigen Einfluß Chinas auf die Geschicke Ost- und Südasiens sähen. Man muß trotzdem hoffen, daß die Sprache der Tatsachen allmählich doch laut genug sein wird, um alle Beteiligten zu einer *wirklichkeitsgemäßen* Vietnam- und Südostasienpolitik zu führen.

Erstarrtes Bonner Regime Eine wirklichkeitsgemäße Politik muß man auch der *Bundesrepublik Deutschland* dringend wünschen — eine echte Realpolitik, nicht das, was man im Lande der Dichter und Denker seit Bismarck als Realpolitik ausgibt: die Ausrichtung auf die größten machtpolitischen Gegebenheiten, verbunden mit zynischer Mißachtung der geistig-sittlichen Mächte, die auch im Völkerleben als die tiefste, die zuletzt alles beherrschende Wirklichkeit anerkannt werden müssen. Von solch einer Neuorientierung ist freilich in der Bonner Republik immer noch bestürzend wenig zu verspüren. Die jüngsten *Bundestagswahlen* lassen sie — wie von vornherein erwartet — jedenfalls nicht einmal ahnen. Sie sind noch bedenklicher herausgekommen, als wir vermuteten, hat es doch nicht einmal zu einer Überholung der völlig erstarrten Regierungspartei, der Christlich-Demokratischen Union (CDU),

durch die Sozialdemokratie und damit zu einem Mindestmaß von Blutauffrischung in Bonn gereicht. Die SPD ist trotz erheblichem Stimmenzuwachs immer noch mehr als acht Prozent Wähler und Wählerinnen hinter der CDU zurückgeblieben, die wie ihre rötliche Konkurrentin auf Kosten der Freien Demokraten ebenfalls um ein Stück vorangekommen und nun ganz nahe an die absolute Mehrheit in der Volksvertretung herangerückt ist. Die Wählermasse wollte einfach nichts Neues — nur Sicherheit und wieder Sicherheit des Bestehenden, in dem sich so glänzend gut leben läßt. Und da ist es eben ganz begreiflich, daß die meisten Nutznießer oder Anbieter des westdeutschen «Wirtschaftswunders», vor die Wahl gestellt, die bisherige CDU-Politik im Original zu kriegen oder eine SPD-Kopie, die einige Schönheitskorrekturen versprach, lieber beim Original blieben, wie sich ein Wahlkommentator treffend ausdrückte . . .

Von einem «Volksentscheid» zu reden, wäre freilich eine arge Beschönigung der Tatsachen; der ganze «amerikanische» Stil des Wahlfeldzuges mit seinem verdummenden und betäubenden Tamtam ließ eine Besinnung der Wähler auf das, was wirklich nottut, gar nicht zu. Und mindestens auf der CDU-Seite taten die organisierten Kräfte der «Staatserhaltung» — namentlich diejenigen, die für die kapitalistische Wirtschaft, die nationalistisch-militaristische Machtpolitik und die verbürgerlichten Kirchen arbeiten — ein Übriges, um jegliche Neigung zu etwas Neuem, Lebendigem zu ersticken. Was soll man auch von einer Wählerschaft erwarten, die zum Beispiel in Bayern der Partei des Franz Josef Strauß, der Christlich-Sozialen Union (Landesausgabe der CDU), die Stimmenmehrheit verschaffte? Nach einer Feststellung des «Spiegels» bekannten 41 Prozent der CSU-Wähler, Politik interessiere sie überhaupt nicht; 55 Prozent haben lediglich die sogenannte Volksschule besucht, die in Bayern weitherum besonders dürftige Kenntnisse vermittelt, zumal auf dem Land, in den 1500 ein-klassigen «Bildungsstätten» der Klein- und Kleinstgemeinden. Auch in anderen «tiefschwarzen» Gegenden scheint die Verdunkelung der Gehirne ein außergewöhnliches Maß erreicht zu haben, so in der Eifel, wo gewisse Dörfer zu 100 Prozent der CDU stimmten und sich ein Kandidat der Freien Demokraten beklagte, daß schon das Wort «frei» in den Köpfen die abenteuerlichsten Vorstellungen (von Freimaurern, Freidenkern, Freikorps und dergleichen) wecke. Überall, so wird auch gesagt, seien die Frauen noch konservativer als die Männer; eine bestimmte Erhebung ergab, daß von je hundert weiblichen Wählern 42 die CDU wählten und nur 25 die Sozialdemokratische Partei. Sicher ist, daß die CDU ihren Erfolg auch diesmal vor allem der Teilung Deutschlands verdankt; in einem geeinten Deutschland würde sofort die Sozialdemokratie die maßgebende Regierungspartei, während sie sich jetzt wiederum aus der Regierung ausgeschlossen sieht und ihren Traum von der «Großen Koalition» für mindestens vier weitere Jahre begraben kann.

Um so widersinniger ist es, daß die SPD nichts tut, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern, aber alles, um sie weiterhin zu verhindern. Nicht zuletzt ist es die von der Sozialdemokratie rückhaltlos unterstützte Aufrüstungs- und Ausdehnungspolitik, die jede Wiedervereinigung unmöglich macht, ist doch an eine Preisgabe des ostdeutschen Staates durch die Sowjetunion und gar an eine Rückgabe auch nur eines Stücks der verlorenen deutschen Ostgebiete überhaupt nicht zu denken, wenn ein geeinigtes Deutschland nicht auf die ganze bisherige Osteuropapolitik Bonns und die dahinter stehende militärische Aufrüstung verzichtet. Aber dazu auch nur zu raten, erledigt eine Partei und einen Politiker in der Bundesrepublik auch heute noch vollkommen. Und doch kann sich die beharrliche, entrüstete Weigerung der Deutschen Bundesrepublik, die Folgen des verlorenen Krieges ehrlich auf sich zu nehmen und sich mit den bestehenden Macht- und Grenzverhältnissen in Osteuropa abzufinden, nur immer verhängnisvoller auswirken. Anton Reithinger, der in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Köln, Septemberheft) «Überlegungen zu einer möglichen deutschen Außenpolitik» anstellt, schreibt mit Recht:

«Das Problem der Grenzen von 1937 entgleitet immer mehr dem Bewußtsein der Welt und schrumpft bestenfalls zur Frage kleiner Grenzberichtigungen an der Oder-Neiße-Linie zusammen. Ihre vertragliche Fixierung würde in einem Friedensschluß zur Sprache kommen. In diesem Zeitpunkt wird sich eine dann amtierende Bundesregierung der Anerkennung der territorialen Folgen der totalen Niederlage nicht mehr entziehen können. Es ist verständlich, daß jede Regierung den Zeitpunkt, an dem die Bücher offengelegt und die Schulden des verlorenen Krieges beglichen werden müssen, solange wie möglich hinauszuschieben trachtet. Aber je länger dies dauert, desto geringer werden die positiven Möglichkeiten und um so schlimmer wird das Erwachen . . . Das Ergebnis wird ein neuer nationalistischer Faschismus sein (in gewissen Kreisen), der die Bundesrepublik erneut isoliert und die Wiedervereinigungsbestrebungen weiter erschwert. Aus diesem circulus vitiosus gibt es kein Entrinnen . . . Die deutsche Tragödie ist also kein Einzelfall besonderer historischer Ungerechtigkeit, wie sie sich im Volksbewußtsein darstellt; sie ist durch eigene Schuld verursacht worden und kann nicht durch lautstarke Emotionen, sondern nur durch politischen Realismus überwunden werden. Man muß diese Tatsachen im Gedächtnis behalten, um das geringe Echo zu verstehen, das die Bundesrepublik mit ihren territorialen Klagen bei den anderen Völkern findet. Sie steht wie 1918 am Scheideweg, sich in jahrzehntelangen Haß- und Trotzreaktionen zu verbrauchen oder sich dem Schicksal zu stellen und unter Abkehr von verlorenen Positionen und verlogenen Illusionen eine neue Zukunft zu gestalten.»

Allerlei Sozialismus Ob die westdeutsche Sozialdemokratie, aus der Not eine Tugend machend, wieder eine gewisse Oppositionsstellung beziehen und etwas von ihrer verlorenen Seele zurückgewinnen wird, steht dahin; viel erwarten kann man von ihr allerdings nicht, solange sie «Führern» wie Wehner und Brandt nachläuft. Immerhin könnten die bundesrepublikanischen «Sozialisten» einiges von ihren ausländischen Genossen lernen, die zeigen, wohin es führt, wenn man um jeden Preis einen Staat mit ausgeprägter kapitalistischer Wirtschaft und bürgerlicher Gesellschaftsgliederung regieren will. Zum Beispiel — um von unseren schweizerischen Sozialdemokraten nicht zu reden — von der *norwegischen Arbeiterpartei*, die nach dreißigjähriger, kaum unterbrochener Machtausübung bei den letzten Stortingwahlen durch eine allbürgerliche Koalition aus der Regierung verdrängt wurde. In ihrem Wohlfahrtsstaat schön eingebettet, unterschied sie sich im Bewußtsein der Wähler nur wenig mehr von einigermaßen fortschrittlichen Bürgerparteien, so daß sich schon vor vier Jahren eine linkssozialistische Partei bildete, die trotz ihrer Kleinheit die Rechtssozialdemokraten um die absolute Mehrheit in der Volksvertretung brachte und nun bewirkte, daß die Arbeiterpartei durch neue Verluste erheblich hinter die vereinigten bürgerlichen Gruppen zurückgeworfen wurde. Wie lang die sehr uneinheitliche allbürgerliche Koalition regierungsfähig bleiben wird, ist allerdings eine offene Frage.

In *Großbritannien* hat die *Labourpartei* mit ihrer winzigen Mehrheit im Unterhaus von vornherein darauf verzichtet, einen sozialistischen Kurs zu steuern. Die aus ihr hervorgegangene Regierung Wilson-Brown hatte zunächst alle Hände voll zu tun, um das von ihrer konservativen Vorgängerin hinterlassene große Defizit der Zahlungsbilanz — also der Gesamtheit der finanziellen Forderungen und Verpflichtungen gegenüber dem Ausland — wenigstens auf die Hälfte herabzudrücken und die Sterlingwährung zu retten. Jetzt, so verkündet sie, gehe es dann an den Umbau der britischen Wirtschaft selber heran — aber das soll nicht etwa durch die Grundlegung einer sozialistischen Plan- und Gemeinwirtschaft geschehen, sondern durch Reformierung und Modernisierung der kapitalistischen Betriebsformen, die leistungsfähiger als bisher gemacht werden müßten. Wichtiger Bestandteil dieser Maßnahmen soll die Zusammenarbeit von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften sein mit dem Zweck, der weiteren Drehung der Lohn- und Preisschraube ein Ende zu machen, mit frühzeitiger Anmeldung allfällig doch noch gestellter Lohnforderungen. Natürlich ist die Reformtätigkeit der Labourregierung irgendwie doch durch ihren sozialistischen Hintergrund bedingt, auch wenn er noch so bläßlich durchschimmert. Und eine ihrer Kernmaßnahmen, die Durchsetzung eines umfassenden Wohnungsbauprogramms, des größten in der englischen Geschichte, liegt in den Händen des eher auf der

Linken stehenden Ministers Richard Crossman, der einer der besten Köpfe des britischen Sozialismus ist.

So ist es nicht verwunderlich, daß der letzte Woche in Blackpool abgehaltene Jahreskongreß der Labourpartei, trotz etwelchem Murren einiger Gewerkschaften, der Regierung Wilson das volle Vertrauen in die Richtigkeit und den Erfolg ihres Kurses ausgesprochen hat. Ich habe wiederholt Labourparteitagen beigewohnt und immer die glänzend ausgebildete Technik der «Plattform» bewundert, die riesige Delegiertenmasse nach ihrem Willen zu lenken. Nur ausnahmsweise — so unter Gaitskell in der Frage der Atomwaffenrüstung — vermochte sich eine Opposition durchzusetzen; schon das nächste Mal war die Führung wieder Herr der Lage, nachdem sie sich um den vorjährigen Parteitagsbeschuß überhaupt nicht gekümmert hatte. So ist auch diesmal jede grundsätzliche Kritik am Regierungskurs rasch unterdrückt worden, zumal es der Opposition an Führern von Format fehlt; einige wie Cousins, Greenwood, Barbara Castle und Crossman sitzen ja selbst in der Regierung. Immerhin war es betrüblich, zu sehen, daß die *auswärtige* Politik Wilsons nicht wirksamer angefochten wurde, wird sie doch fast ganz im Geiste des konservativen Patriotismus und Imperialismus geführt. In bezug auf Vietnam unterstützt ja die Labourregierung entschieden Amerika. In Malaysia steht sie bereit, die Interessen der dort tätigen Kapitalgesellschaften gegen jede Bedrohung zu verteidigen. In Aden, an der Südwestecke Arabiens, liegt Großbritannien gerade jetzt im Kampf mit der arabischen Unabhängigkeitsbewegung, die namentlich von der Arbeiterschaft getragen wird und die Aufhebung dieses großen englischen Militärstützpunktes fordert. Ob sich London ebenso hart gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der weißen Rassenpolitiker in Rhodesien wehren wird, die aus dem britischen Staatenbund auszutreten drohen, wird sich zeigen. Dem westdeutschen Drängen nach Mitverfügung über Atomwaffen gegen die «russische Gefahr» setzt Wilson jedenfalls nur schwachen Widerstand entgegen. Und so weiter auf der ganzen internationalen Front. Auch die Beschränkung der Einwanderung von Farbigen aus Ländern des Commonwealth nach Großbritannien gehört in diesen Zusammenhang, schlägt sie doch den besten Überlieferungen der britischen Arbeiterbewegung roh ins Gesicht.

Ministerpräsident Wilson und seine Gesinnungsfreunde im Kabinett glauben zwar, sich diesen ganzen nationalistischen Kurs leisten zu können, da die Linke in der Labourfraktion ja doch nicht wagen werde, die Regierung im Stich zu lassen, deren Mehrheit auf eine einzige Stimme zusammengeschrumpft ist, und auch die Liberalen vorzeitige Neuwahlen nicht wünschen könnten; die Meinungsforscher stellen tatsächlich fest, daß sich die Stimmung der Wählerschaft in der letzten Zeit deutlich zugunsten der Labourpartei gewandelt habe. Allein Grundsatzschwäche und Kompromißerei in Fragen, bei denen

es kein Paktieren mit dem Unrecht geben darf, hat sich gerade auch in der sozialistischen Bewegung noch nie gelohnt. Das wird früher oder später auch die britische Labourpartei erfahren.

Weltarmut, Kalter Krieg, Abrüstung Von den übrigen Schauplätzen des Kalten Krieges — auf nationaler und internationaler Ebene — sei heute nur noch *Griechenland* erwähnt. Der vom Königshof unterstützten Reaktion ist es nun durch größte Lockmittel doch gelungen, die Partei Papandreu soweit zu zermürben, daß mit Ach und Krach eine Mehrheit im Parlament für eine Regierung unter Stephanopoulos, einem früheren Freund von Papandreu, zustandekam. Der demokratisch-gesetz-mäßige Schein ist so zwar gewahrt — aber die tiefe Krise im Leben Griechenlands ist damit alles andere als überwunden. Sogar ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung», der nichts für «linke» Volksbewegungen übrig hat, muß betrübt aus Athen berichten (5. Oktober): «Die über zwei Monate dauernde bisherige Phase der Krise hat im politischen Leben des Landes einen Scherbenhaufen zurückgelassen.» Und ahnungsvoll schließt er seinen Artikel: «Jetzt ist es bereits so weit, daß sich sogar die Rechte überlegen muß, ob sie dem Hof, der sich sichtlich übernommen hat, noch weiter folgen kann, ohne eine erneute Schwächung ihrer eigenen Position zu riskieren. Aus einer rein politischen Krise ist eine Krise der Institutionen geworden.» Gemeint ist die Erschütterung der demokratischen Fassade und des Königtums. Aber dahinter steht das ganze bürgerlich-kapitalistische System, das mehr und mehr von der Unruhe und dem Neuerungs-willen des notleidenden «unteren» Volkes wie der zurückgesetzten Mittelschichten bedroht ist.

Armut und Rechtlosigkeit bleiben *auch im Weltmaßstab* stärkste Triebkräfte einer revolutionären Bewegung nach vorwärts — heute vielleicht mehr denn je. An einer Konferenz über die Bevölkerungsfrage, die kürzlich in Belgrad stattfand, stellte der Leiter der Ernährungsabteilung der UNO fest, daß in verschiedenen Ländern mit starkem Bevölkerungszuwachs für die nächsten fünf bis zehn Jahre *Hungersnöte* drohen; die Erzeugung von Nahrungsmitteln bleibe immer bedenklicher hinter dem Bedarf zurück. Die Forderung, die Ausgaben für *Kriegsrüstungen* endlich zu kürzen, um den unterernährten Volksmassen in aller Welt helfen zu können, gewinnt darum immer offenkundiger an Dringlichkeit. Daß die Staaten der Erde alljährlich gegen 600 Milliarden Schweizer Franken für «Landesverteidigung» ausgeben, das heißt Tag für Tag rund 1700 Millionen Franken, ist angesichts der für jedes wache Gewissen unerträglichen Not und Armut in den unterentwickelten Ländern einfach ein Verbrechen.

Bertrand Russell hat unlängst wieder ein paar Beispiele dafür ange-

führt, was mit einer auch nur geringfügigen Herabsetzung der Militärausgaben Gutes getan werden könnte:

Mit den Kosten für ein einziges britisches Polarisgeschoß könnten vier Universitäten geschaffen werden; ein Überschall-Jagdbomber ist vier moderne Krankenhäuser wert, ein Geschößzerstörer 100 000 Traktoren. Zweidrittel des Geldes für ein Flugzeugmutterschiff würden ausreichen, um alle Einwohner Ägyptens mit Trinkwasser zu versorgen. Mit 25 Millionen Pfund Sterling — dem Bruchteil der Kosten eines einzigen Versuchsflugzeuges — könnte Algerien eine 800 Kilometer lange Rohrleitung bekommen, die es gut mit dem so dringend nötigen Wasser versorgen würde. Das alles und tausend andere lebensnotwendige Anlagen werden aber nicht geschaffen; dafür haben die Vereinigten Staaten 130 000 Aerosol-Nerven-Gasbomben angeschafft, die genügen würden, um in einem Gebiet von der achtfachen Größe der Erdoberfläche alles Leben auszulöschen. Und im Jahre 1960 ist in den gleichen USA zur Stützung der Preise soviel Brotgetreide vernichtet worden, daß man damit jeden Inder ein Jahr lang hätte ernähren können. Das hat zwar mit den Kriegsrüstungen wenig zu tun, gehört aber doch zu den Widersinnigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, die an der Aufrechterhaltung und Steigerung des Militärbetriebs ein Lebensinteresse hat.

Papst Paul VI. hat zwar bei seinem Blitzbesuch in Amerika, der als ein fast weltgeschichtliches Großereignis gefeiert wurde, eindringlich für die Überwindung des Krieges und für militärische Abrüstung gesprochen, aber gleichzeitig betont: «Solange der Mensch das schwache, unbeständige und sogar bösartige Wesen bleibt, als das er sich oft zeigt, sind Verteidigungswaffen leider nötig.» Ja, gibt es einen einzigen Staat, der nicht behaupten würde, er rüste sich nur mit Verteidigungswaffen aus? Der Papst hat sich auch auf Präsident Kennedy berufen, der verlangte, die Menschheit müsse dem Krieg ein Ende setzen, damit nicht der Krieg der Menschheit ein Ende setze. Aber hat nicht schon der gleiche Kennedy den Vietnamkrieg so hochgesteigert, daß sein Nachfolger nur in der gleichen Richtung weiterzudrehen brauchte? Und war er nicht bereit, die amerikanische Wehrmacht in Kuba einfallen zu lassen und damit den Krieg mit der Sowjetunion heraufzubeschwören, den Krieg, den nur Chruschtschews schleuniger Rückzug vermieden hat?

Nein, mit allgemeinen Beschwörungen des Friedenswillens ist noch nie viel geholfen worden; nur die eindeutige Aufzeigung und Bekämpfung *ganz bestimmter, greifbarer Kriegskräfte* kann dazu beitragen, der Menschheit die Augen zu öffnen und ihr den Weg zu Abrüstung und Frieden zu weisen. Aber davon darf eben ein «neutral» sein wollender Kirchenfürst nichts verlauten lassen. Kein Wunder darum, daß am Tag nach der Rede von Papst Paul vor den Vertretern der 116 Vereinten Nationen die erlauchte Versammlung im selben Geist des

Kalten Krieges weiter schwätzte, der sie in entscheidenden Stunden so oft verhindert hat, ihre Friedensaufgabe zu erfüllen. Der nach Roosevelts Tod von der amerikanischen Regierung entfesselte *Kalte Krieg* ist es, der in erster Linie — wenn schon sicher nicht allein — daran schuld ist, daß schon wieder heiße Kriege in noch beschränktem Ausmaß geführt werden, die sich morgen schon zu einem dritten Weltbrand auszuwachsen drohen. Die *hier* wirkenden Kräfte müssen besiegt werden, wenn einmal so etwas wie ein gesicherter Friedenszustand auf Erden kommen soll.

6. Oktober.

Hugo Kramer